

Baubeschreibung

Inhaltsverzeichnis

- 1. Allgemeine Beschreibung der Bauleistung**
 - 1.1. Auszuführende Leistungen
 - 1.2. Ausgeführte Vorarbeiten
 - 1.3. Ausgeführte Leistungen
 - 1.4. Gleichzeitig laufende Bauarbeiten
 - 1.5. Mindestanforderungen für Nebenangebote

 - 2. Angaben zur Baustelle**
 - 2.1. Lage der Baustelle
 - 2.2. Vorhandene öffentliche Verkehrswege
 - 2.3. Zugänge, Zufahrten
 - 2.4. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen
 - 2.5. Lager und Arbeitsplätze
 - 2.6. Gewässer
 - 2.7. Baugrundverhältnisse
 - 2.8. Seitenentnahme und Ablagerungsstellen
 - 2.9. Schutz- Bereiche und -Objekte
 - 2.10. Anlagen im Baubereich
 - 2.11. Öffentlicher Verkehr im Baubereich

 - 3. Angaben zur Ausführung**
 - 3.1. Verkehrsführung, Verkehrssicherung
 - 3.2. Bauablauf
 - 3.3. Wasserhaltung
 - 3.4. Baubehelfe
 - 3.5. Stoffe, Bauteile
 - 3.6. Umweltschutz/Abfälle
 - 3.7. Winterbau
 - 3.8. Beweissicherungen
 - 3.9. Sicherungsmaßnahmen
 - 3.10. Belastungsannahmen (Brückenbau)
 - 3.11. Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren
 - 3.12. Nachweise/Prüfungen
 - 3.13. Unfallverhütung und Arbeitsschutz

 - 4. Ausführungsunterlagen**
 - 4.1. Vom AG zur Verfügung gestellte Unterlagen
 - 4.2. Vom AN zu beschaffende Ausführungsunterlagen
-

1. Allgemeine Beschreibung der Bauleistung

1.1. Auszuführende Leistungen

Die Stadt Blankenhain plant auf Flurstück 852/10 in der Flur 8 der Gemarkung Blankenhain eine Freizeitanlage, die sogenannte „Skill & Chill Area“.

Auf dem zurzeit unbebauten Flurstück am südöstlichen Ortsrand sollen auf rund 0,75 ha Wege, Grünflächen und Sportanlagen sowie sonstige Freizeitangebote entstehen.

Die Baumaßnahme wird in 2 Bauabschnitten ausgeführt.

Bauabschnitt 1

Folgende Leistungen sind Bestandteil des 1. Bauabschnittes:

- Wegebau
- Treppenanlage
- Abwasseranlagen und Bauleistungen Kabelverlegung
- Sportanlagen wie Multisportanlage, Street-Workout-Anlage, Skateranlage und Pumptrack
- Landschaftsbau von Rasen, Wiesen

Wegebau

Der Ausbau der geplanten Wege und Zufahrten erfolgt in einer Breite von 2,5 m für den Laufweg, 1,5 m für die wassergebundenen Wege und 3,5 m für die Zufahrt.

Auf Grund der Nutzung der Wege und Zufahrten werden diese nach der RLW bemessen, da sie vornehmlich nicht befahren werden.

Aufbau für Laufweg, Zufahrt nach RLW, Zeile 3, Spalte 5:

8 cm Asphalttragdeckschicht AC 16 TD

30 cm Frostschutzschicht 0/45

20 cm Frostschutzschicht 0/45 als Bodenaustausch

58 cm Gesamtaufbau

Aufbau für ungebundene Wege nach RLW, Zeile 2, Spalte 8:

5 cm Deckschicht ohne Bindemittel 0/11

20 cm Frostschutzschicht 0/45

20 cm Frostschutzschicht 0/45 als Bodenaustausch

45 cm Gesamtaufbau

Die erforderliche Mindesttragfähigkeit auf dem Planum von 45 MPa wird nach Baugrundgutachten nicht erreicht. Darum wird zur Untergrundstabilisierung der Bodenaustausch von ca. 20 cm erforderlich, um die Mindesttragfähigkeit sicherzustellen.

Die zu erreichenden Verformungsmodule E_{v2} betragen

für die Verkehrsfläche:

OK Frostschutzschicht 80 MPa

OK Erdplanum 45 MPa

Während sich die Wege i. d. R. am vorhandenen Gelände orientieren, ist auf Grund des Höhenunterschiedes zu den angrenzenden Grundstücken/ Gelände für die Zufahrt ein Dammaufbau erforderlich.

Das dafür benötigte Material kann aus gelagertem Schotter-Erdgemisch des AG generiert werden.

Die in Asphaltbauweise hergestellten Wege erhalten beidseitig 0,5 m breite Bankette. Die mit wassergebundener Decke hergestellten Wege werden mit einer Läuferreihe aus Naturstein 15 x 15 cm eingefasst.

Für den Anschluss an die Landesstraße L 1060 ist ein Tiefbord 10 x 30 cm einzubauen.
Alle Einfassungen sind ohne Anschlag.

Die Oberflächenentwässerung der neuen Wege erfolgt über die Bankette und Einfassungen in das Gelände. Entlang der L 1060 ist am Böschungsfuß eine Mulde herzustellen. Erforderliche Rohrdurchlässe werden in DN 400 ausgeführt.

Treppenanlage

Zum fußläufigen Erreichen der Freizeitanlage ist der Bau einer Treppenanlage notwendig, mit Anschluss an die L 1060 und an den vorhandenen Gehweg parallel zur Landesstraße. Die Ausführung erfolgt in einer Breite von 2,5 m mit Blockstufen aus Beton und Podesten mit Betonpflaster belegt. Beidseitig ist ein Rohrgeländer angeordnet.

Abwasseranlagen

Um einer Vernässung des Geländes entgegen zu wirken, werden entlang des Hauptweges Drainagen DN 150 angeordnet. Diese dienen gleichzeitig auch für die Planumsentwässerung der Wege. An den Hoch- und Tiefpunkten sind Schächte DN 600 zu Kontroll- und Reinigungszwecken anzuordnen. Vorgenannte Drainage und die der Multisportanlage werden an eine Entwässerungsleitung DN 200 aus PP angeschlossen, mit Anbindung an die Vorflut (Schwarza).

Bauleistungen Kabelverlegung

Herstellung von Kabelgräben, Leerrohrsystemen einschl. Querung der L 1060.

Landschaftsbau

Die Vegetationsflächen werden mit Oberboden angedeckt, der zum großen Teil auf einer Lagerfläche des AG liegt. Fehlmengen sind zu liefern. Die Flächen werden u. a. mit einer Regelsaatgutmischung für Spiel- und Sportplatzrasen angesät. Entlang der Schwarza wird ein Blühstreifen angelegt, der extensiv zu pflegen ist.

Bauabschnitt 2

Folgende Leistungen sind Bestandteil des 2. Bauabschnittes:

- Wegebau für Grillplatz
- Straßenbeleuchtung
- Ausstattungsgegenstände
- Landschaftsbau mit Bäumen, Sträuchern

Grillplatz

Der Grillplatz wird in ungebundener Bauweise hergestellt und mit Naturstein eingefasst. Sh. auch Wegebau 1. BA.

Straßenbeleuchtung

Die Freizeitanlage soll punktuell beleuchtet werden. Dafür sind 4 Stück Solarlaternen vorgesehen.

Ausstattung

Folgende Ausstattungen sind für die Freizeitanlage geplant:

Stadtmobiliar:

- 4 Infotafeln zur Umweltbildung
- 2 Infotafeln zu Verhaltensregeln
- 11 Parkbänke mit Rückenlehne aus Metall
- 1 Tisch
- 4 Abfallbehälter
- 6 Fahrradlehnenbügel

weiterhin:

- Anlage eines Verkehrsgartens, nur Beschilderung
- 1 Trockentoilette
- 1 zweiteiliger Pavillon zum Chillen
- 1 stationärer, abschließbarer Grill, wird durch AG beigestellt
- 1 Tischtennisplatte

Landschaftsbau

In den Grünflächen werden Bäume, Solitärsträucher und Hecken gepflanzt. Innerhalb des Verkehrsgartens sind Obstbäume vorgesehen.

1.2. Ausgeführte Vorarbeiten

- Entwurfsvermessung vom April 2024 vom VB Gabler GmbH aus Schmölln
- Geotechnischer Bericht vom Juni 2024 vom IB für Baugrund Erfurt GbR

1.3. Ausgeführte Leistungen

keine

1.4. Gleichzeitig laufende Bauarbeiten

Bei Erfordernis sind im Auftrag der Telekommunikationsfirmen und Energieversorger u. U. auch Leistungen für Umverlegung/ Neuverlegung bzw. Rückbau vorhandener Telekommunikations- und Energieleitungen zu erbringen.

Die rechtzeitige Terminabstimmung sowie die Koordinierung innerhalb des Gesamtbauablaufes für die Ausführung der Leistungen obliegt dem AN und ist in die Leistungspositionen einzurechnen. Diese gleichzeitig laufenden Bauarbeiten sind in die zu erstellenden Ablaufpläne im Rahmen der Baudurchführung einzuarbeiten.

1.5. Mindestanforderungen für Nebenangebote

Nebenangebote/ Sondervorschläge sind durch folgende Unterlagen zu ergänzen, so dass ihre Beurteilung in technischer, wirtschaftlicher, terminlicher und gestalterischer Hinsicht eindeutig möglich ist:

In einem ausführlichen Erläuterungsbericht sind alle gegenüber den Ausschreibungsunterlagen vorgenommenen Veränderungen anzugeben und ausführlich zu beschreiben.

Alle technisch, preislich und gestalterisch bedeutsamen Abmessungen und Mengen müssen festgelegt sein.

Fehlende Nebenangebotsunterlagen, die für das Angebots- u. Angebotspreisverständnis oder dessen Vollständigkeit erforderlich sind, werden aus Wettbewerbsgründen vom AG nach der Submission nicht nachgefordert. Das Nebenangebot ist damit technisch und wirtschaftlich unklar und wird von der Wertung ausgeschlossen.

2. Angaben zur Baustelle

2.1. Lage der Baustelle

(siehe auch Übersichtskarte und Lageplan)

Bundesland: Freistaat Thüringen

Landkreis: Weimarer Land

Gemeinde: Stadt Blankenhain

Die Fläche für die Freizeitanlage liegt am Ortseingang, von Rottdorf kommend, zwischen der Landesstraße L 1060 (Große Nonnengasse), der Schwarza und dem Einkaufsmarkt REWE.

2.2. Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Die Baustelle ist über die B 88 und die L 1060 zu erreichen.

Vorhandene Tonnagebeschränkungen sind zu beachten.

Es wird darauf hingewiesen, dass während der Baumaßnahme durch andere Bauvorhaben erhebliche Behinderungen auftreten können. Etwaige Erschwernisse auf Grund verlängerter oder geänderter Zufahrten sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet. Hierzu sind Rücksprachen mit den Verkehrsbehörden erforderlich.

2.3. Zugänge, Zufahrten

Nur über das öffentliche Verkehrsnetz.

2.4. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlüsse für Baustelleneinrichtung und Baubüro sind Sache des AN. Eine Vergütung für Anschlüsse und Verbrauch erfolgt nicht.

2.5. Lager und Arbeitsplätze

Flächen werden dafür seitens des AG in der Regel nicht bereitgestellt. Eine Beschaffung im Umfang des jeweiligen Bedarfs ist Sache des AN.

Für angemietete Flächen sollte stets eine geeignete Beweissicherung durchgeführt werden. Der AG behält sich vor, vom AN nach Abschluss der Arbeiten entsprechende Freistellungsnachweise abzuverlangen.

Alle Aufwendungen für Einrichtung, Unterhaltung und Beräumung von Lager- und Arbeitsflächen werden nicht gesondert vergütet.

Für Schäden, die durch unsachgemäße Nutzung der Lager und Arbeitsplätze (Öl, Oberboden, Leitungen, Eindrücke durch schwere Lasten etc.) entstehen, haftet der AN.

2.6. Gewässer

Parallel zur Baumaßnahme verläuft die Schwarza, Gewässer II. Ordnung.

2.7. Baugrundverhältnisse

Entsprechend Baugrundgutachten steht folgende Baugrundsichtung an:

Homogenbereich A:	Auffüllung Schicht 1: RC-Auffüllung
Homogenbereich B:	Ton Schicht 2: bindige Auffüllungen (B1) Schicht 3: Aueton (B2)
Homogenbereich C:	Sand/ Kies Schicht 4: Sand/ Kies
Homogenbereich D:	Sandstein Schicht 5: Sandstein

Wasser wurde in fast allen Aufschlüssen angeschnitten. Dabei handelt es sich vorwiegend um Schichtenwasser im Homogenbereich C: Sand/ Kies. In den Tonen ist nur partiell mit Schichtenwasser zu rechnen, abhängig von versickernden Niederschlägen.

Hinsichtlich einer Schadstoffbelastung wurde eine Mischprobe aus HB A gemäß EBV und einer Mischprobe aus HB B nach LAGA Boden untersucht.
In Auswertung ergab sich für den HB A eine Zuordnung BM-F0* und DK 0, für den HB B ein Z 0 und DK 0.

Weiterführende Aussagen zu den Baugrundverhältnissen und Bodenbelastungen sind dem beiliegenden Baugrundgutachten zu entnehmen.

2.8. Seitenentnahme und Ablagerungsstellen

Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen werden vom AG nicht vorgegeben und sind durch den AN zu benennen.

Eine Deponie für die zum Wiedereinbau nicht geeigneten Aushubmassen wird vom AG nicht zur Verfügung gestellt; Überschussmassen gehen in das Eigentum des AN über.

2.8.1. Umweltschutzbestimmungen

Bezüglich der Wiederverwendung und/oder Ablagerung aller Aushubmassen, -böden sowie jeglicher Straßenausbaustoffe muss nachdrücklich auf die neugefassten Umweltschutzbestimmungen einschließlich neu erlassener gesetzlicher Regelungen verwiesen werden (s.a. Pkt. 3.6. Abfälle).

2.8.2. Umweltunbedenklichkeitserklärungen

Bei der Lieferung von Böden und Einbaustoffen müssen umwelttechnische Parameter eingehalten werden. Deshalb sind auf Anforderung des AG bzw. gemäß Leistungsverzeichnis spezifisch bezogene Umweltunbedenklichkeitserklärungen beizufügen. Dies gilt insbesondere für die Verwendung von Lieferböden und Recyclingmaterialien.

2.8.3. Nachweise

Für alle nicht zur Wiederverwendung vorgesehenen Straßenausbaustoffe, Aushubböden und -abfälle sind auf Anforderung des AG bzw. gemäß Leistungsverzeichnis Nachweise einer umweltkonformen Weiterverwendung und/oder Entsorgung zu erbringen.
Hinsichtlich der Verfahren für gefährliche/ nichtgefährliche Abfälle siehe unter Punkt 3.6.

2.9. Schutz- Bereiche und –Objekte

Die Arbeiten sind so auszuführen, dass eine Beeinträchtigung der Umwelt vermieden wird.
Die geltenden Umweltvorschriften sind zu beachten und einzuhalten.

2.9.1. Rücksichtnahme auf Anliegerinteressen

Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass keine unzumutbaren Belästigungen der Anlieger auftreten.

Der AN ist verpflichtet, Beschädigungen und Verschmutzungen im Baustellen- und angrenzenden Bereich infolge seiner Arbeiten durch geeignete Maßnahmen zu verhindern oder wenn dies nicht möglich ist, auf seine Kosten zu beseitigen.

Bei Trockenheit ist der Staubentwicklung aus den Bauarbeiten mit geeigneten Mitteln ohne gesonderte Vergütung vorzubeugen.

Angrenzende Verkehrswege sind regelmäßig von Staub und Schlamm zu säubern. Dies wird nicht gesondert vergütet, sofern nicht entsprechende Leistungspositionen vorgesehen sind.

2.9.2. Bodenfunde

Werden im Zuge der Bautätigkeit Bodenfunde, Flurdenkmale (z.B. Steinkreuze, Grabstätten, Grenzsteine u. ä.) freigelegt und/oder aufgefunden, sind sie Gegenständen entsprechend VOB/B §4 Nr.9 gleichzustellen.

Beim Auftreten archäologischer Funde sowie Befunde (auffällige Häufungen von Steinen, dunkle Verfärbungen u. ä.) besteht gem. ThüDschG § 16 eine unverzügliche Meldepflicht beim Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie.

2.10. Anlagen im Baubereich

2.10.1. Informationen über Versorgungsleitungen

Der AN hat sich über alle möglichen Versorgungsleitungen, die im Baustellenbereich liegen, rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten zu informieren und deren genaue Lage im Zusammenwirken mit dem dafür zuständigen Versorgungsunternehmen festzustellen. Die für das Arbeiten in Leitungsbereichen einschlägigen Sicherheitsvorschriften dieser Unternehmen sind ohne zusätzliche Vergütung abzustimmen und einzuhalten. Erschwernisse (u. a. Handschachtung, Einweiser Kleintechnik, Schutzmaßnahmen usw.) durch vorhandene Leitungen und Kabel im Baubereich werden, soweit keine gesonderten Leistungspositionen enthalten sind, im Rahmen der Bauarbeiten nicht gesondert vergütet. Erforderliche Aufwendungen an Kabeln, Leitungen und Anlagen zur Umverlegung, Änderung und/oder Anpassung bzw. Neuordnung des unterirdischen Bauraumes sind in Abstimmungen mit den einzelnen Versorgungsträgern auszuführen und werden von diesen gesondert beauftragt.

2.10.2. Bestandssicherung und Freistellung

Es wird empfohlen, den Zustand der Leitungen und Anlagen mit den zuständigen Versorgungsunternehmen vor Beginn der Bauarbeiten beweiskräftig protokollarisch festzustellen, um sich für den „Urzustand“ nach Abschluss der Arbeiten freistellen lassen zu können.

Dies gilt modifiziert gleichfalls für alles, was im Zuge der Baumaßnahme mit errichtet bzw. angepasst wurde, bezüglich fachgerechter Ausführung und Funktionsfähigkeit (z.B. Gängigkeit von Schiebergestängen, Schachtbauteile u.v.a.m.). Die Versorgungsunternehmen sind gemäß Baufortschritt und Bauablauf zu entsprechenden Abnahmen stets zeitnah einzuladen.

Alle in Folge diesbezüglicher Versäumnisse entstehenden Aufwendungen gehen zu Lasten des AN.

Der AG behält sich vor, entsprechende Nachweise dazu mit Abschluss seiner Arbeiten vom AN abzufordern. Gesonderte Aufwandsvergütung dafür erfolgt nicht.

2.10.3. Anlagen bzw. Leitungen von Versorgungsunternehmen

Für unmittelbaren Bearbeitungsbereich wurden Leitungsauskünfte eingeholt. Entlang der L 1060 verlaufen Kabelanlagen der Telekom und Straßenbeleuchtung. Auf dem eigentlichen Grundstück sind keine Leitungsbestände bekannt.

Für die Auflistung der vorgenannten Leitungen besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

2.10.4. Vermeidung von Schäden

Der AN hat in den Bauabschnitten, in welchen durch den Einsatz von schweren Maschinen evtl. Gefährdungen an baulichen Anlagen eintreten können, die Bauausführung so zu organisieren, dass Schäden vermieden werden. Dies ist in die jeweiligen Einheitspreise einzukalkulieren. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

2.11. Öffentlicher Verkehr im Baubereich entfällt

3. Angaben zur Ausführung

3.1. Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Der Auftragnehmer ist für alle Maßnahmen zur Verkehrsführung und Verkehrssicherung vom Beginn der Bautätigkeit bis zum Tag der Endabnahme der beauftragten Bauleistungen verantwortlich. Er hat alle Maßnahmen zur Sicherung und Regelung des Verkehrs innerhalb der Baustelle, die wegen der von ihm erforderlichen Arbeiten erforderlich sind, auch außerhalb der Arbeitszeit durchzuführen.

Innerhalb des festgelegten Baubereiches gelten für maßnahmenbeteiligte Unternehmen das Mitnutzungsrecht für Verkehrsführung und -sicherung soweit keine gesonderten Aufwendungen erforderlich sind.

Die vorgeschriebenen Maßnahmen für die Verkehrsführung und -sicherung sind in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

Jegliche Aufwendungen für wechselnde Verkehrsführungen (Anpassungen an Bauphasen) werden, soweit nicht in Leistungspositionen erfasst, nicht gesondert vergütet.

Dies gilt auch für Ersatzlieferungen und Aufwendungen von bzw. an Verkehrsführungs- und Sicherungselementen im oben genannten Zeitraum.

Beginnend mit der Baustelleneinrichtung, spätestens aber 3 Tage vor Beginn der Arbeiten, hat der AN dem AG einen mit der zuständigen Behörde (i.d.R. Fachdienst Verkehr beim Landratsamt) abgestimmten, bestätigten Beschilderungsplan zu übergeben. Dies gilt auch für alle aktualisierenden Unterlagen in Verbindung mit den einzelnen Bauphasen.

Die Erreichbarkeit der Privatgrundstücke ist während der Bauzeit weitestgehend zu sichern und ist nur im unbedingt notwendigen Maß einzuschränken.

Betroffene Anlieger und Unternehmen sind rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme auf Behinderungen hinzuweisen. Notwendige Änderungen von Zufahrten während der Bauausführung sind entsprechend mit den Betroffenen abzustimmen und zu koordinieren. Den jeweiligen Betroffenen ist ein Ansprechpartner des AN zu benennen.

Transportfahrzeuge dürfen nur das zulässige Gesamtgewicht entsprechend § 34 St VZO aufweisen. Entsprechende Kontrollen behält sich der Auftraggeber vor. Bei Feststellung der Überschreitung des zulässigen Gesamtgewichtes bei Transportfahrzeugen erfolgt eine Anzeige an die Zentrale Bußgeldstelle (ZBS).

3.2. Bauablauf

3.2.1. Abwicklung der Arbeiten

Die Reihenfolge der auszuführenden Leistungen ist dem Auftragnehmer freigestellt. Es ist die insgesamt kürzeste Bauzeit anzustreben.

Zum Erreichen des Grundstückes ist im Rahmen der Baustelleneinrichtung eine Zufahrt zu bauen. Dies sollte im Bereich der zukünftigen Zufahrt erfolgen.

Der Einsatz von Großtechnik und schweren Transportfahrzeugen ist nicht möglich und bedarf einer optimalen Ergänzung/ Ausstattung mit Kleinmechanismen bzw. manueller Leistungen, die nicht zusätzlich vergütet werden.

Der AN hat sich vor Angebotsabgabe durch Besichtigung der Baustelle sowie des Umfeldes einschließlich aller Wege und Zufahrtsmöglichkeiten ein genaues Bild über die Art und den Umfang der auszuführenden Leistungen sowie über die örtlichen Verhältnisse zu verschaffen.

3.2.2. Zusammenwirken mit anderen Unternehmen

Sollte sich im Bauablauf ein Zusammenwirken mit anderen Unternehmen erforderlich machen, so ist im beiderseitigen Interesse gegenseitig Rücksicht zu nehmen.

3.3. Wasserhaltung

Die Ableitung des Oberflächenwassers während der Bauzeit ist ausschließlich Sache des AN und ist in die Leistung einzurechnen.

3.4. Baubehelfe

Sofern nicht gesondert im LV aufgeführt, werden Arbeits- und Schutzgerüste, Montageeinrichtungen, Baugruben und Wandsicherungen, Schutzgeländer und sonstige Baubehelfe nicht gesondert vergütet.

3.5. Stoffe, Bauteile

Die verwendeten Materialien müssen dem Regelwerk und dem Bauvertrag entsprechen. Die Herstellung der zu liefernden Erzeugnisse muss einer Überwachung (Eigen- und Fremdüberwachung) nach der entsprechenden Stoffnorm, der Zulassung oder dem Prüfbescheid unterliegen.

Eigenüberwachungsprüfung

Eigenüberwachungsprüfungen des AN gelten als vertraglich vereinbart und dienen dem Nachweis der vertragsgerechten Erfüllung der Leistung.

Sie sind mit der erforderlichen Sorgfalt und im erforderlichen Umfang durchzuführen.

Die Ergebnisse sind zu protokollieren und dem AG auf Verlangen vorzulegen.

Die entstehenden Kosten werden nicht besonders vergütet und sind in die Positionen des Angebotes einzurechnen, sofern im Leistungsverzeichnis keine besonderen Positionen ausgewiesen sind.

3.6. Abfälle

Die Übernahme sowie die vollständige, ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der Abfälle und Ausbaustoffe haben unter Beachtung der geltenden Gesetze, zugehörigen Verordnungen sowie einschlägiger umwelt- und abfallrechtlicher Bestimmungen zu erfolgen.

Sofern der AN nicht selbst die Anforderungen für die in den weiteren besonderen Vertragsbedingungen geforderten abfalltechnischen Tätigkeiten besitzt, hat der AN für die entsprechenden abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten (einschließlich eventueller Lagerung) ausschließlich Entsorgungsbetriebe zu beauftragen.

Sofern der vom AN vorgesehene Entsorger/Transporteur vor der Baudurchführung zusätzliche bzw. weitere Deklarationen bzw. Analysen des Abfalls fordert, trägt die Kosten hierfür der AN. Die Probenahme darf nur in Abstimmung mit dem AG und unter deren Beisein erfolgen. Für die analytische Untersuchung beauftragt der AN die vom AG bestimmte Institution (z. B. Prüfstelle, Labor, Ingenieurbüro etc.).

3.7. Winterbau

entfällt

3.8. Beweissicherungen

Vor Baubeginn, während der Bauarbeiten und nach Baufertigstellung ist durch einen vor Gericht zugelassenen, öffentlich bestellten und vereidigten Bausachverständigen eine Beweissicherung zur Feststellung des Zustandes der vorhandenen Bausubstanz im Bereich der geplanten Baumaßnahme und für alle Bauteile sowie Umleitungsstrecken, insbesondere Strecken anderer Baulastträger, durchzuführen.

Für Schadenersatzansprüche Dritter, die durch unzulässige Technologien und Geräte entstanden sind, haftet der Auftragnehmer.

3.9. Sicherungsmaßnahmen

Der AN ist verpflichtet, alle z.Zt. der Ausführung gültigen Unfallverhütungsvorschriften und sonstige einschlägige Sicherheitsregeln und Vorschriften einzuhalten.

Der AN hat alle zur Sicherung der Baustelle erforderlichen Maßnahmen unter voller eigener Verantwortung zu ergreifen. Der AN haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen dem AG erwachsenden unmittelbaren und mittelbaren Schäden und verpflichtet sich, den AG von allen gegen diesen etwa erhobenen Ansprüchen, die auf ungenügender Sicherung der Baustelle beruhen, in vollem Umfang freizustellen.

Den AG trifft im Verhältnis gegenüber dem AN keinerlei eigene Sicherungspflicht und zwar unbeschadet der ihm im Übrigen und im baupolizeilichen Sinne vorbehaltenen Baubewachung. Der AG behält sich vor, bei Nichteinhaltung der Sicherungsmaßnahmen die Bauarbeiten unverzüglich einstellen zu lassen.

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken. Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Baumaschinen und Geräte sind gegen Öl- und Treibstoffverlust zu sichern. Bezüglich des Lärmschutzes sind die Immissionsrichtwerte einzuhalten. Lärmschutzmaßnahmen gelten als Nebenleistung und sind mit den Preisen des Angebotes abgegolten.

Bei der Durchführung aller Bauarbeiten ist das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnlicher Vorgänge zu beachten.

Für die aus den Gesetzen des Umweltschutzes erwachsenen Erschwernisse und Risiken wird keine gesonderte Vergütung gewährt.

3.10. Belastungsannahmen (Brückenbau) entfällt

3.11. Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

3.11.1. Bestandsunterlagen einschließlich Bestandszeichnungen

Der AN hat während der Bauzeit neu errichtete, veränderte oder entdeckte unterirdische Bauwerke bzw. Leitungen in Lage und Höhe einzumessen, entsprechende Einmessskizzen von immer auffindbaren Punkten in Abstimmung mit dem AG anzufertigen und die wesentlichen Angaben in die Bestandszeichnungen einzutragen.

Nach Beendigung der Bauarbeiten, aber spätestens mit dem Einreichen der Schlussrechnung, übergibt der AN dem AG die kompletten Bestandspläne für die Freizeitanlage sowie für die neuverlegten Ver- und Entsorgungsleitungen.

Die Lagepläne sind im Lagebezug ETRS 89 UTM und Höhenbezug DHHN 2016 zu erstellen. Zusätzlich hat die Übergabe der Unterlagen in digitaler Form im Format DXF/ DWG und PDF auf USB-Stick sowie 2-fach in Papier zu erfolgen.

Die Vergütung erfolgt über die entsprechenden Positionen im LV.

3.11.2. Aufmaßverfahren

Entsprechend der technischen Vorschriften und Angaben im LV.

Aufmaße sind möglichst täglich mit der Bauüberwachung zu erstellen.

Nachträglich erstellte Aufmaße über nicht kontrollierbare Leistungen werden nicht anerkannt.

Jegliche Verwendung von elektronisch bzw. computertechnisch gestützten Verfahren zur Aufmaßerfassung, -bearbeitung und Auswertung ist mit dem AG vor Verwendung abzustimmen und darf erst nach seiner Zustimmung verwendet werden.

Die Abrechnung nach Soll-Daten erfolgt auf der Grundlage genehmigter Ausführungsunterlagen und Stücklisten. Ansonsten erfolgt die Abrechnung nach Ist-Daten (Aufmaße, Wiegescheine, Lieferscheine).

Die Feststellungen sind stets gemeinsam zu tätigen. Abweichende Festlegungen können vor Abrechnungsbeginn vereinbart werden.

Urgeländeaufnahme:

Die Urgeländeaufnahme liegt im Ermessen des AN und ist mit den vorhandenen Vermessungsdaten abzugleichen. Bei Widersprüchen ist die örtliche Bauüberwachung umgehend zu informieren.

3.11.3. Vermessungsleistungen

Der AN erhält vom AG Unterlagen über die Festpunkte der Entwurfsvermessung sowie die Absteckung und Absteckungsunterlagen der Hauptachsen der baulichen Anlagen. Die Übergabe der vorgenannten Unterlagen ist vom AN und AG gemeinsam zu protokollieren. Mit der Übergabe der Höhenfestpunkte und Achshauptpunkte hat der AG gemäß § 3.2 VOB/B die zu schaffenden Punkte an den AN übergeben.

Die inhaltliche Prüfung ist ebenso, wie die Prüfung anhand der örtlichen Gegebenheiten durch eine Kontrollmessung, Sache des AN. Bei Feststellung offensichtlicher oder vermuteter Fehler, ist der AG sofort nach Entdeckung oder Eintritt der Vermutung durch den AN schriftlich zu informieren, um die Klarstellung des vermuteten Mangels oder Fehlers herbeizuführen.

Des Weiteren hat der AN alle, der im Rahmen der Bauüberwachung des AG anfallenden Vermessungsarbeiten, welche zur sach- und termingerechten Durchführung erforderlich sind, ohne Anspruch auf gesonderte Vergütung zu ermöglichen und zu unterstützen.

3.11.4. Nachweis für Schichtdicken der Straßenkonstruktion

Der Nachweis der Schichtdicken der Straßenkonstruktion (als Aufmaß) obliegt dem AN.

Ungebundene Schichten

Den Nachweis für die vertragsgerechte Dicke des ungebundenen Oberbaues hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber durch ein Höhenprotokoll zu erbringen.

Dies kann durch ein gemeinsames Nivellement oder bei Vorhandensein von örtlich gesicherten festen Bezugspunkten und vorher erfassten Planumshöhen auch durch ein sogenanntes Schnürprotokoll erfolgen.

Erst dieser Nachweis berechtigt den AN zur weiteren Überbauung mit gebundenen Schichten. Alle dazu erforderlichen Aufwendungen werden nicht gesondert vergütet.

Gebundene Schichten

Der Nachweis der Schichten erfolgt über die Einbaumenge.

Die Übergabe der Lieferscheine erfolgt bei der Lieferung vor Ort. Später eingereichte Lieferscheine werden nicht anerkannt.

3.12. Nachweise/Prüfungen

3.12.1. Eignungsnachweise/Eignungsprüfungen

Alle Eignungsnachweise und/oder Eignungsprüfungen sind positionsbezogen herzustellen. Sie müssen den geforderten Parametern des Bauvertrages entsprechen.

Die Unterlagen sind dem AG zu Baubeginn zu übergeben.

3.12.2. Eigenüberwachungsprüfungen

Gemäß den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen hat der AN

Eigenüberwachungsprüfungen durchzuführen. Bei Feststellung von Mängeln sind die Baustoffe sofort auszubauen und durch geeignete zu ersetzen.

Der AN hat die Eigenüberwachungsprüfungen dem AG zeitnah, jedoch spätestens bis zur Abnahme vorzulegen.

3.12.3. TÜV- Abnahmen

Im Vorfeld der Einbaumaßnahmen von Ausrüstungen und der Herstellung von Sportanlagen hat sich der AN mit dem TÜV Thüringen ins Benehmen zu setzen, welche Abnahmebedingungen bestehen. Dabei sind die Aufstellangaben des Herstellers mit den Anforderungen des TÜV's Thüringen zu vergleichen. Daraus ergebende Maßnahmen sind einzuleiten.

Nach den Abstimmungen mit dem TÜV und der Herstellung der Sportanlagen ist mit dem TÜV eine Abnahmeprüfung zu veranlassen und durchzuführen. Daraus ergebende Angaben sind vom AN umzusetzen.

Die Prüfung ist mit einem Prüfbericht zu versehen.

3.13. Unfallverhütung und Arbeitsschutz

3.13.1. Unfallverhütung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf der Baustelle die Unfallverhütungsvorschriften genauestens zu beachten und einzuhalten.

Bei eingetretenen Unfällen und/oder den Bauablauf beeinflussenden Störfällen hat der Auftragnehmer sofort nach Einleitung der erforderlichen Hilfs- und Rettungsmaßnahmen die zuständige örtliche Bauüberwachung zu verständigen und dem AG eine schriftliche Unfallanzeige vorzulegen.

3.13.2. Sicherheits- und Gesundheitskoordinator entfällt

4. Ausführungsunterlagen

4.1. Vom AG zur Verfügung gestellte Unterlagen

Inhalt	Maßstab	Bestandteil der Ausschreibungsunterlage	Bestandteil der Ausführungsunterlage
Übersichtskarte	1:25.000	X	X
Lageplan	1:250	X	X
Pflanzplan	1:250	X	X
Regelquerschnitte	1:50	X	X
Schnitt Treppenanlage	1:50	X	X
Schnitt Multisportanlage	1:50	X	X
Pumptrack	1:100	X	X
Höhenpläne	1:250/100	X	X
Baugrundgutachten	o. M	X	

Alle Unterlagen können bei der ausschreibenden Stelle eingesehen werden.

Bei der Einweisung, spätestens jedoch vor Arbeitsaufnahme der jeweiligen Leistung sind die Anpassungen an die örtlichen Verhältnisse mit dem AG abzustimmen.

4.2. Vom AN zu beschaffende Ausführungsunterlagen

4.2.1. Urkalkulation

In der Urkalkulation müssen sämtliche Grundlagen der Preisermittlung nachvollziehbar sein. Dies gilt auch für Teilleistungen.

Folgende Angaben sind darzustellen:

- Kalkulationslohn (Mittellohn)
- Aufwandswerte für Lohnstunden (z.B. 1,2h/m² Schalung herstellen)
- die einzelnen Materialkostenansätze (z.B. €/m³ Beton)
- die einzelnen Geräte- und Fremdleistungsansätze
- Zuschlagsätze (allg. Geschäftskosten, Baustellengemeinkosten, Wagnis und Gewinn sowie weitere Zuschläge)
- Sonstige Vereinbarungen (z.B. Nachlässe)

Die Urkalkulation ist dem AG auf Verlangen im Verlauf der Zuschlagserteilung im offenen Umschlag zu übergeben und wird gemeinsam verschlossen. Nach endgültiger Begleichung der Schlussrechnung erhält der Bieter die Urkalkulation zurück.

4.2.2. Bautagesberichte

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

Dies sind insbesondere:

- Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit,
- Witterung (Temperaturen, Niederschlagsmengen, Luftfeuchtigkeit),
- Anzahl und Qualifikation der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- eingesetzte Nachunternehmer/andere Unternehmer,
- Anzahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen, Lieferfirma, Lieferschein-Nr., Materialart und Menge
- Art, Umfang und Ort (Station, Bauteil) der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.

4.2.3. Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. beschaffende Ausführungsunterlagen

- Dokumentationsaufnahmen (Beweissicherung)
- Bestandspläne
- Verkehrsrechtliche Anordnung
- Mitteilung über die Bauleitung
- Ausführungs- u. Werkstattzeichnungen
- Standsicherheitsnachweise
- Urkalkulation im verschlossenen Umschlag

Folgende Unterlagen sind unmittelbar nach Abschluss der Arbeiten analog und digital zu übergeben:

Zertifikate und Eignungsprüfungen sämtlicher einzubauender Materialien und Baustoffe.
